



Stoppt mehr Partizipation den Mitgliederverlust?

Mitgliederentwicklung und innerparteiliche Mitbestimmung
bei sozialdemokratischen Parteien in Europa

SARA SCHLOTE
Oktober 2011

- Die meisten sozialdemokratischen Parteien in Europa haben in den letzten Jahren einen starken Mitgliederverlust erfahren. Doch ein detaillierter Blick in zehn europäische Länder zeigt, dass die Mitgliederentwicklung durchaus unterschiedlich verlaufen und auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen ist.
- Die hier untersuchten Parteien haben in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt 24 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Während die Sozialdemokraten in Großbritannien, Deutschland, Österreich, Schweden und Polen teils weit über 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren haben, büßten die spanische PSOE, die niederländische PvdA, die norwegische Arbeiterpartei und die dänische Socialdemokraterne weniger als zehn Prozent ihrer Mitglieder ein und die PS in Frankreich konnte sogar einige dazugewinnen.
- Als Reaktion auf den Mitgliederverlust werden oftmals innerparteiliche Organisationsreformen durchgeführt, die den Mitgliedern mehr Partizipationsmöglichkeiten bieten sollen. Ein Vergleich der Organisationsstatuten von zwölf sozialdemokratischen Parteien hinsichtlich Mitwirkungsmöglichkeiten bei Wahlen, Anträgen, Kandidatenaufstellung, Referenden und Mitarbeit ohne Mitgliedschaft zeigt ein recht breit gefächertes Bild. Doch zeigt die Untersuchung, dass breite Möglichkeiten der Mitbestimmung allein nicht ausreichen, um den Verlust an Parteimitgliedern zu stoppen.



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Daten und Methode	4
2.1 Bestimmung der Mitgliederzahlen	4
2.2 Innerparteiliche Willensbildung	4
3. Mitgliederentwicklung in den letzten zehn Jahren	4
3.1 Mitgliederzahlen und Organisationsgrad	4
3.2 Gründe für den Mitgliederverlust	6
3.3 Zusammenfassung	6
4. Möglichkeiten der Mitbestimmung in den Parteien	7
4.1 Wahl des Parteivorsitzes	7
4.2 Vertreter der Delegiertenkonferenz	9
4.3 Antragsrecht	9
4.4 Referendum	9
4.5 Aufstellung der Parlamentskandidaten	10
4.6 Vertretung von Organisationen im erweiterten Vorstand	10
4.7 Angegliederte Organisationen	11
4.8 Mitarbeit ohne Mitgliedschaft	12
4.9 Zusammenfassung	13
5. Abschlussbemerkungen	13
Anhang: Überblick Parteimitgliederzahlen	15
Literatur	18

1. Einleitung

Die Feststellung eines anhaltenden Mitgliederverlusts der Volksparteien hat keinen Neuigkeitswert. Das Konstatieren einer Krise der Parteien gehört heutzutage ebenso zum *common sense* wie die angeblich besonders missliche Lage für sozialdemokratische Parteien in Europa. Doch wie sieht die Mitgliederentwicklung für sozialdemokratische Parteien in Europa wirklich aus? Im Folgenden soll geklärt werden, wie viele Mitglieder die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland (SPD), in Österreich (SPÖ), in Schweden (Socialdemokraterna), in Dänemark (Socialdemokraterne), in Norwegen (Arbeiderpartiet), in Polen (SLD), in den Niederlanden (PvdA), in Großbritannien (Labour Party), in Frankreich (PS) und in Spanien (PSOE) verloren haben, welche Gründe für die Verluste zu finden sind, und wie die Parteien ihre Arbeit trotz weniger Mitglieder weiterführen oder durch eine Öffnung innerparteilichen Strukturen sogar neue Mitglieder hinzugewinnen können. In den Vergleich der innerparteilichen Mitbestimmungsmöglichkeiten werden außerdem die sozialdemokratische Partei in Slowenien (SD) sowie die zweite sozialdemokratische Partei in Polen (SDPL) einbezogen.

Die oben aufgeführten sozialdemokratischen Parteien haben in den letzten zehn Jahren insgesamt 537 571 Mitglieder, also durchschnittlich 24 Prozent, verloren. In der Parteienforschung werden folgende Gründe für den Verlust von Mitgliedern der Massenparteien herausgearbeitet (Wiesendahl u. a. 2009: 38):

- wenig Möglichkeiten zur innerparteilichen Mitbestimmung,
- fehlende Handlungsmöglichkeiten seitens der Parteien in einer internationalisierten Welt,
- gesellschaftliche Wandlungsprozesse.

Maßnahmen gegen Mitgliederschwund müssen da ansetzen, wo Parteien Handlungsmöglichkeiten haben. Gesellschaftliche Wandlungsprozesse sind von Parteien kaum oder höchstens langfristig zu gestalten. Konzepte im Umgang mit einer internationalisierten Welt zu entwickeln, braucht ebenfalls viel Zeit. Deshalb konzentriert sich diese Analyse auf die Frage, welche Strategien sozialdemokratische Parteien anwenden, um dem ersten der

genannten Probleme zu begegnen: der geringen innerparteilichen Mitbestimmung.

Zunächst wird der Frage nachgegangen, ob die oben genannten Gründe für den Mitgliederschwund auf die hier untersuchten Parteien zutreffen, ob sich die Gründe unterscheiden und ob die Intensität der Verluste unterschiedlich ist. Nach einer Analyse der Mitgliederentwicklung wird als eine mögliche Strategie, auf diesen Mitgliederverlust zu reagieren, untersucht, inwieweit die Parteien die Möglichkeiten der innerparteilichen Mitbestimmung erweitert haben.

Der Mitgliederschwund wirkt sich negativ auf die organisatorische Handlungsfähigkeit der Parteien aus, da sowohl die Beitragszahlungen als auch die freiwillige Mitarbeit zurückgehen. Darüber hinaus stehen die Parteien mit Mitgliederverlust vor der Herausforderung, aus weniger Mitgliedern neue Eliten zu rekrutieren und mit weniger Mitgliedern ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Der Mitgliederschwund hat aber nicht nur negative Auswirkungen auf die Parteien selbst. In einer Demokratie haben die Parteien eine Schlüsselrolle in der Vermittlung zwischen Bürgern und Politik inne. Wenn es immer weniger Mitglieder gibt, ist fraglich, inwieweit die Parteien überhaupt noch den Willen der Bürger ausdrücken und repräsentieren (Wiesendahl u. a. 2009: 23).

Eine Demokratisierung der innerparteilichen Verfahren stellt eine Strategie dar, auf den Mitgliederschwund zu reagieren und Probleme, die dieser für die Funktionsfähigkeit der Parteien mit sich bringen könnte, zu lösen. Die innerparteilichen Satzungen der sozialdemokratischen Parteien gelten als zu undemokratisch und die Partizipationsmöglichkeiten als zu eingeschränkt. Diese Strukturen entsprächen nicht mehr den Partizipationswünschen und dem Willen, an Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Durch eine erhöhte Beteiligung der Mitglieder an Entscheidungsprozessen würden diese stärker eingebunden und dadurch motiviert, sich intensiver für die Partei einzubringen. Eine Demokratisierung der innerparteilichen Strukturen kann darüber hinaus dazu führen, dass wieder mehr Personen Parteimitglieder werden (Wiesendahl u. a. 2009).

2. Daten und Methode

In dieser Studie werden neun westeuropäische Parteien¹ und drei osteuropäische Parteien² der sozialdemokratischen Parteienfamilie untersucht. Die Parteien werden untereinander, also im Querschnitt, aber auch im Hinblick auf ihre Veränderung innerhalb der vergangenen zehn Jahre verglichen.

2.1 Bestimmung der Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahlen der Parteien zu bestimmen, ist kompliziert, denn es bestehen nicht in allen Ländern Register, die die Mitgliederzahlen archivieren. Auch die Parteien selbst haben nicht immer den Überblick über ihre Mitgliederentwicklung in den letzten Jahren. Hinzu kommt, dass unterschiedliche Definitionen darüber vorliegen, wer Parteimitglied ist. In der spanischen PSOE und der französischen PS gibt es beispielsweise die Möglichkeit, Sympathisant zu sein, in der schwedischen Socialdemokraterna und der britischen Labour Party können ganze Gewerkschaften an die Partei angebunden werden. Die hier vorliegende Studie zählt nur Personen als Mitglieder, die einen regelmäßigen individuellen Beitrag zahlen.

Alle Parteien wurden für diese Studie mit der Bitte kontaktiert, die Mitgliederentwicklung der letzten zehn Jahre zu beschreiben. Wenn die Parteien diese Auskunft nicht liefern wollten oder konnten, wurde zunächst auf Fachliteratur zurückgegriffen. In den Fällen, in denen auch die Fachliteratur keine aktuellen Zahlen liefern konnte, wurden Presseartikel als Informationsgrundlage genutzt. Die jeweils verwendete Quelle wird im Anhang genannt. Für die SD in Slowenien konnten leider keine Informationen über die Mitgliederstärke gefunden werden. Für die polnische SDPL konnte lediglich die Mitgliederzahl im ersten Jahr ihres Bestehens ermittelt werden, weswegen sie auch erst wieder in der Analyse der Mitgliederstatuten behandelt wird.

1. SPD (Deutschland), SPÖ (Österreich), Socialdemokraterna (Schweden), Socialdemokraterne (Dänemark), Arbeiderpartiet (Norwegen), PvdA (Niederlande), Labour Party (Großbritannien), PS (Frankreich) und PSOE (Spanien).

2. SLD und SDPL in Polen und SD in Slowenien.

2.2 Innerparteiliche Willensbildung

Um festzustellen, welche Möglichkeiten der innerparteilichen Willensbildung es in den hier untersuchten Parteien gibt, wurden die Statuten der jeweiligen Parteien herangezogen. Diese waren für alle Parteien erhältlich.

3. Mitgliederentwicklung in den letzten zehn Jahren

Das Ende der Mitgliederpartei wurde in der Parteienforschung vielfach behandelt. In den letzten zwei Jahrzehnten haben die Parteien, die sich vor allem in den 1960er Jahren durch eine große Zahl an Mitgliedern ausgezeichnet haben, Mitgliederverluste hinnehmen müssen. Zwar ist sich die Forschung einig, dass der Mitgliederschwund ein Phänomen der Gesellschaften des 21. Jahrhunderts ist. Über die Gründe und Auswirkungen auf die Parteien und die politischen Systeme gibt es in der Forschung indes verschiedene Ansichten (Wiesendahl u. a. 2009: 14f).

3.1 Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Tabelle 1 zeigt, dass alle der hier untersuchten sozialdemokratischen Parteien außer der französischen PS innerhalb der letzten zehn Jahre Mitglieder verloren haben. Die Höhe der Verluste ist sehr unterschiedlich und liegt zwischen fünf Prozent in Norwegen und 43 Prozent in Großbritannien. Es ist zu erkennen, dass sechs der untersuchten Parteien über 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren haben, die Verluste der restlichen vier liegen unter zehn Prozent. Im Durchschnitt hat sich die Mitgliederzahl der untersuchten Parteien um 24 Prozent reduziert, von 2 200 647 auf 1 663 076 Mitglieder.

Wenn es um die Funktionsfähigkeit einer Partei in einer Gesellschaft geht, muss auch untersucht werden, wie hoch der Anteil der Parteimitglieder an der Bevölkerung ist. Daran kann man ablesen, wie stark eine Partei innerhalb der Gesellschaft verankert ist, also wie hoch ihr Organisationsgrad ist. Die Entwicklung dieses Anteils kann Aufschluss darüber geben, ob es die Parteien mit einem hohen Organisationsgrad sind, die besonders hohe Verluste hinnehmen müssen, und ob sich damit die Parteien hinsichtlich ihres Anteils an der Bevölkerung angleichen.



In jenen Ländern, in denen insgesamt viele Menschen in Parteien organisiert sind, haben auch die sozialdemokratischen Parteien mehr Mitglieder (siehe Tabelle 2). Die hohen Zahlen bei der SPÖ und die wenigen Mitglieder der PS sind also nicht unbedingt spezifisch für die Sozialdemokratie, sondern Ausdruck der Sozialkultur der jeweiligen Gesellschaften (Biezen u. a. 2011: 20f). Erwartungsgemäß haben die Parteien, die insgesamt hohe Verluste an Mitgliedern hinnehmen mussten, auch die höchsten Einbußen hinsichtlich ihres Anteils an der Bevölkerung

zu verzeichnen. Es ist aber kein Trend erkennbar, dass die Parteien mehr Mitglieder verlieren, deren Organisationsgrad höher ist, oder dass die Anteile der Parteimitglieder an der Bevölkerung sich angleichen würden. Eine Konvergenz gibt es also nicht. Der Prozess läuft folglich nicht zwangsläufig ab, sondern hängt von den Kontexten und Handlungen der Parteien ab.

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung

Parteien	Mitgliederzahlen der Parteien (absolute Zahlen)		
	2000	2010	Saldo
PS, Frankreich	148 795	200 299	+35 %
Labour Party, Großbritannien	311 000 (2001)	177 500	-43 %
PvdA, Niederlande	58 426	54 504	-7 %
Socialdemokraterna, Schweden	152 000 (2002)	100 000	-34 %
SLD, Polen	98 283	57 432	-42 %
Socialdemokraterne, Dänemark	50 248	46 011	-8 %
Arbeiderpartiet, Norwegen	52 900	50 268	-5 %
SPÖ, Österreich	384 328	275 000	-28 %
SPD, Deutschland	734 667	502 062	-32 %
PSOE, Spanien	210 000	200 000	-5 %
Summe/Durchschnitt	2 200 647	1 663 076	-24 %

Tabelle 2: Anteil der Parteimitglieder an der Bevölkerung

Parteien	Anteil der Parteimitglieder an der Bevölkerung über 18 Jahre (in Prozent)			Anteil aller Parteien an der Bevölkerung über 18 Jahre 2010
	2000	2010	Saldo	
PS, Frankreich	0,32	0,40	+24 %	1,85
Labour Party, Großbritannien	0,70 (2001)	0,36	-48 %	1,21
PvdA, Niederlande	0,47	0,42	-12 %	2,48
Socialdemokraterna, Schweden	2,18 (2002)	1,35	-38 %	3,87
SLD, Polen	0,34	0,19	-45 %	0,99
Socialdemokraterne, Dänemark	1,20	1,07	-11 %	4,13
Arbeiderpartiet, Norwegen	1,54	1,34	-13 %	5,04
SPÖ, Österreich	6,07	4,02	-34 %	17,27
SPD, Deutschland	1,10	0,74	-33 %	2,30
PSOE, Spanien	0,65	0,53	-17 %	4,36

Quelle: Eigene Berechnungen und Biezen u. a. 2011.

3.1 Gründe für den Mitgliederverlust

Die Gründe für den Mitgliederverlust ähneln sich bei den verschiedenen Parteien und lassen sich in vier Grundmuster einteilen:

1. Der Verlust folgt einem allgemeinen Trend, denn alle Parteien verlieren Mitglieder
2. Die Mitglieder der Parteien werden immer älter, jüngere treten kaum noch in Parteien ein
3. Ein inhaltlicher Kurswechsel hat viele Mitglieder zum Austritt bewogen
4. Politische Skandale haben viele Mitglieder zum Austritt bewogen

Der Verlust an Mitgliedern der Sozialdemokraterna lässt sich zum Beispiel durch einen allgemeinen Trend erklären. Bis auf die Grüne Partei haben alle Parteien Schwedens Mitglieder verloren. Dies wird als eine Konsequenz aus der Enttäuschung der Bevölkerung über die etablierten Parteien beschrieben (Roed 2009; Cederholm/Eliasson 2010). Auch in Österreich nimmt die Mitgliedschaft bei allen Parteien seit den 1970er Jahren ab. Dies liegt an dem österreichischen Parteiensystem, das in den letzten 20 Jahren diverser geworden ist. Die großen Parteien haben dadurch Mitglieder an die neuen Parteien verloren. Hinzu kommt eine geringere Bereitschaft, in Parteien einzutreten (Plasser/Urban 2006: 364). Dies gilt ebenso für die Niederlande, Deutschland, Norwegen und Dänemark, denn auch dort ist es nicht nur die sozialdemokratische Partei, die Mitglieder verliert, sondern alle größeren Parteien sind von einem Mitgliederschwund betroffen (Lepszy/Wilp 2009: 428; Groß/Rothholz 2009: 180; Steffen 2006: 96; Ismayr 2009: 542).

Die Überalterung der Mitglieder ist vor allem für die SPD und die SPÖ ein Problem. Nach SPD-Angaben stagniert in den letzten zehn Jahren der Mitgliederbestand der unter 35-Jährigen bei zehn Prozent und die Gruppe mittleren Alters nimmt im Gegensatz zur Gruppe der Älteren aber immer weiter ab. Schafft die SPD es nicht, zumindest den natürlichen Verlust an älteren Mitgliedern durch den Neueintritt von jüngeren Mitgliedern auszugleichen, wird sie immer weiter schrumpfen, auch wenn es keine großen Austrittswellen mehr geben sollte. In Österreich sind vor allem die unter 30-Jährigen und Männer seltener in

Parteien vertreten als noch vor 30 Jahren (Plasser/Urban 2006: 364).

Einen inhaltlichen Kurswechsel und einen damit einhergehenden Verlust an Mitgliedern haben die Labour Party und die SPD am Anfang des 21. Jahrhunderts erlebt. Beide haben weitreichende Reformen im sozialstaatlichen Bereich durchgeführt. Die hier vorliegende Zeitreihe kann für die Labour Party den Zusammenhang zwischen Kurswechsel und Mitgliederverlust nicht komplett bestätigen, da die »New Labour« genannte Neuausrichtung schon Anfang der 1990er Jahre begann. Blickt man aber weiter zurück, verliert Labour tatsächlich seit 1992 einen Großteil seiner Mitglieder (Sturm 2009: 288). Für die SPD lässt sich dieser Zusammenhang in der hier vorliegenden Zeitreihe darstellen, da zwischen 2003 und 2004, als die Entscheidung für die »Agenda 2010« fiel, die Mitgliederzahlen deutlich zurückgingen. Erst 2008, drei Jahre nach dem Ende der Ära Schröder, schwächten sich die Mitgliederverluste der SPD wieder ab.

Die SLD stellt einen Sonderfall dar, denn der erste Mitgliederschwund fand zwischen 2001 und 2004 während einer Krise der SLD statt. Damals waren viele führende Persönlichkeiten der Partei in politische Skandale verwickelt. Hinzu kamen Probleme zwischen den Führungspersonlichkeiten der SLD. Daraufhin spaltete sich 2004 die SDPL von der SLD ab. Die SDPL sieht sich als Vertreter des »Dritten Weges« der Sozialdemokratie (Ziemer/Matthes 2009: 246).

Die PS hat zwar 35 Prozent hinzugewinnen können. Allerdings fand der größte Zugewinn 2006 statt, seitdem verliert die Partei wieder konstant Mitglieder (Biezen u. a. 2011: 20f). Im Jahr 2006 führte die PS die Möglichkeit ein, im ersten Jahr der Mitgliedschaft lediglich 20 Euro zu zahlen. Auf diese Kampagne hin gab es viele Eintritte, die aber nur teilweise der Partei längerfristig treu blieben. Hinzu kommt, dass der Zugewinn von 35 Prozent größer erscheinen mag, als er tatsächlich ist, da insgesamt relativ wenig Personen in der PS Mitglied sind und somit ein zahlenmäßig geringer Anstieg schnell zu einem hohen prozentualen Anstieg führen kann.

3.3 Zusammenfassung

Die hier vorgelegten Zahlen zeigen, dass fast alle untersuchten Parteien Mitglieder verloren haben. Jedoch ist

die Höhe der Verluste sehr unterschiedlich. Die Labour Party, die SPD, die SPÖ, die Socialdemokraterna und die SLD haben teils weit über 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Die PSOE, die PvdA, die Arbeiterpartiet und die Socialdemokraterna haben weniger als zehn Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt und die PS konnte sogar welche dazugewinnen. Die höchsten Verluste bei den Wählerstimmen finden sich ebenfalls in der ersten Gruppe. Die Sozialdemokratie in Polen und Deutschland hat die meisten Wähler verloren, gefolgt von Österreich, Großbritannien und Schweden. Interessant ist, dass die Verluste der Wählerstimmen jedoch nicht unbedingt bedeuten, dass die Parteien der Sozialdemokratie seltener an der Regierung beteiligt wären. Wie Weßels zeigt, sind die Regierungsbeteiligungen der sozialdemokratischen Parteien in den hier untersuchten Ländern in den letzten zehn Jahren sogar gestiegen (Weßels 2010: 23).

Insgesamt hatten die hier untersuchten Parteien 2000 noch 2 400 647 Mitglieder. In den letzten zehn Jahren ist diese Zahl um 24 Prozent auf 1 663 076 Mitglieder gefallen. Ob die Mitgliederverluste in den meisten der hier untersuchten Parteien tatsächlich aus der geringeren Bereitschaft der Bevölkerungen, in Parteien einzutreten, resultieren, kann in dieser Studie nicht abschließend geklärt werden. Dazu müsste die Entwicklung aller Parteien der betreffenden Länder miteinander verglichen werden. Jedoch lässt sich feststellen, dass alle sozialdemokratischen Parteien, bis auf die PS, von einem Mitgliederverlust betroffen sind. Darauf müssen die Parteien reagieren.

4. Möglichkeiten der Mitbestimmung in den Parteien

Parteien sind Organisationen, die klaren Zwecken dienen: Bestimmung eines politischen Kurses, Rekrutierung politischen Personals und Mobilisierung von Wählerstimmen. Sie brauchen Mitglieder, um Interessen zu Politikvorstellungen zu aggregieren, politisches Personal auszubilden und Wahlkampf zu führen. In fast allen Parteien wird darüber nachgedacht, die Partei als Organisation attraktiver zu machen. In diesem Kapitel werden daher die Parteistatuten, die festlegen, welche Rechte die Mitglieder haben, im Hinblick auf Ähnlichkeiten und Unterschiede untersucht. Dafür werden folgende Punkte miteinander verglichen:

1. Wahl des Parteivorsitzes
2. Wahl der Vertreter der Delegiertenkonferenzen
3. Verteilung des Antragsrechts
4. Zusammensetzung des erweiterten Parteivorstandes
5. Möglichkeit eines Parteireferendums
6. Wahl der Parlamentskandidaten
7. Institutionelle Verbindungen zu anderen Organisationen
8. Möglichkeiten der Mitarbeit ohne Mitgliedschaft

4.1 Wahl des Parteivorsitzes

Bei einer Direktwahl sind zwei Aspekte zu bedenken: Die Direktwahl des Parteivorsitzenden könnte zu einem häufigen Wechsel an der Spitze führen, Parteivorsitzende könnten schneller für negative Entwicklungen abgestraft werden und weniger Möglichkeiten haben, langfristige Politiken zu entwickeln. Des Weiteren ist fragwürdig, ob eine Direktwahl zu einer erhöhten Mobilisierung der Mitglieder führt. In der Wahlforschung wird angenommen, dass die Entscheidung, zur Wahl zu gehen, mit der Einschätzung zu tun hat, wie viel die eigene Stimme verändern kann. Wenn der Eindruck entsteht, dass die eigene Stimme keinen Einfluss auf den Wahlausgang hat, ist die Motivation vergleichsweise gering. Dies ist vor allem bei relativ klaren Wahlausgängen der Fall. Auf der anderen Seite müssen die Wähler davon überzeugt sein, dass sie mit ihrer Entscheidung auch eine substantiell wichtige Wahl treffen können, und nicht, dass es keinen Unterschied zwischen den Alternativen gibt (Blais 2000).

In Tabelle 3 ist zu erkennen, dass bis auf die PS und die Labour Party alle hier untersuchten Parteien ihre Vorsitzenden auf einer Delegiertenkonferenz wählen. Das Statut der Socialdemokraterna lässt eine Entscheidung aller Mitglieder über den Parteivorsitz nur dann zu, wenn die Delegiertenkonferenz sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnte. In der PS gibt es seit 1995 die Regel, dass es ein Votum aller Mitglieder bedarf, um den Parteivorsitzenden zu ermitteln. Diese Regelung erfolgte im Rahmen einer innerparteilichen Reform, um den Mitgliedern mehr



Mitbestimmungsrechte zu geben. Die Partei gab sich gleichzeitig ein neues Programm und wollte insgesamt bürgernäher werden (Kempf 2009: 378). Labour hat schon 1993 ihr Statut geändert und eingeführt, dass ein Votum der Mitglieder zur Ermittlung des Parteivorsitzenden stattfinden muss (Sturm 2009: 288f). Dabei werden alle Mitglieder aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Die Stimmen gehen, neben den Stimmen der Parlamentarier und der Mitglieder der angegliederten Organisationen, zu einem Drittel in das Gesamtergebnis ein.

Tabelle 4 zeigt, dass bis auf die SPD und die SLD alle europäischen Parteien relativ selten ihren Vorsitz wechseln. Die SPD hat es in den letzten zehn Jahren auf sechs Wechsel an der Parteispitze gebracht, die SLD auf vier. Somit

sind die Parteien, die ihren Vorsitzenden direkt wählen, nicht instabiler als die Parteien mit einem indirekt gewählten Vorsitz.

Bleibt die Frage, ob denn die Parteimitglieder überhaupt motiviert sind, an den Wahlen zum Vorsitzenden teilzunehmen, und somit die Wahl von den Mitgliedern als eine gute Möglichkeit zu mehr Mitbestimmung angenommen wird. An den Wahlen zum Vorsitz der PS im Jahr 2008 beteiligten sich 137 116 von 232 912 Parteimitgliedern, also 57 Prozent (Parti Socialiste 2008). Die allgemeine Wahlbeteiligung zur Assemblée Nationale betrug 2007 60,4 Prozent. Bei den Wahlen des Labourvorsitzenden 2010 beteiligten sich 123 063 Mitglieder, das sind 69 Prozent (Labour Party 2010). Die allgemeine

Tabelle 3: Wahl des Parteivorsitzes, Delegiertenkonferenz und Antragsrecht

Partei	1. Wahl des Parteivorsitzes	2. Vertreter der Delegiertenkonferenz	3. Antragsrecht
PS	Alle Mitglieder (Statuts: Art. 7.14)	Gewählte Delegierte (Statuts: Art. 6.3)	Keine Angabe
Labour	Alle Mitglieder (Rule Book: Kapitel 4)	Gewählte Delegierte, angegliederte Organisationen haben eigene Delegierte (Rule Book: Kapitel 3)	2. Ebene (Rule Book: Kapitel 3)
PvdA	Delegiertenkonferenz (Partijbestuur: Art. 16)	Gewählte Delegierte haben Personenstimmrecht. Alle Mitglieder haben Rede- und Antragsrecht sowie Stimmrecht über inhaltliche Anträge (Partijbestuur: Art. 16)	Alle Mitglieder (Partijbestuur: Art. 16)
Socialdemokraterna	Delegiertenkonferenz (Constitution: § 7, Art. 2)	Gewählte Delegierte (Constitution: § 5)	Alle Mitglieder (Constitution: § 4, Art. 12)
SLD	Delegiertenkonferenz (Statut: Art.19)	Gewählte Delegierte (Statut: Art. 19)	Keine Angabe
Socialdemokraterne	Delegiertenkonferenz, bei Uneinigkeit alle Mitglieder (Love: § 12)	Gewählte Delegierte (Love: § 12)	1. Ebene (Love: § 12)
Arbeiderpartiet	Delegiertenkonferenz (Vedtekter: § 6)	Gewählte Delegierte (Vedtekter: § 6)	1. Ebene (Vedtekter: § 6)
SPÖ	Delegiertenkonferenz (Organisationsstatut: § 33)	Gewählte Delegierte, müssen nicht Mitglied sein (Organisationsstatut: § 28)	2. Ebene (Organisationsstatut: § 28)
SPD	Delegiertenkonferenz (Organisationsstatut: § 20)	Gewählte Delegierte (Organisationsstatut: § 15)	1. Ebene (Organisationsstatut: § 8)
PSOE	Delegiertenkonferenz (Estatutos Federales: Titel 4, Kapitel 1)	Gewählte Delegierte (Estatutos Federales: Titel 4, Kapitel 1)	1. Ebene (Estatutos Federales: Kapitel 1, Art. 27)
SD	Delegiertenkonferenz, (Statut: Art. 20)	Delegierte auch aus den Arbeitsgruppen (Statut: Art. 22)	1. Ebene (Statut: Art. 49)
SDPL	Delegiertenkonferenz (Statut: Art. 15)	Gewählte Delegierte (Statut: Art. 15)	Keine Angabe



Tabelle 4: Anzahl der Wechsel des Parteivorsitzes

Partei	Zahl der Führungswechsel 2000–2010
PS	1
Labour	2
PvdA	2
Socialdemokraterna	2
SLD	4
Socialdemokraterne	2
Arbeiderpartiet	1
SPÖ	2
SPD	6
PSOE (Generalsekretär)	1
SD	0
SDPL	1

Wahlbeteiligung zum House of Commons betrug 2010 65,1 Prozent. Für beide Parteien kann somit festgestellt werden, dass es eine rege Beteiligung an den Wahlen zum Vorsitzenden gibt, es beteiligen sich aber bei weitem nicht alle Mitglieder. Die Mobilisierung liegt leicht höher als bei den Parlamentswahlen, jedoch wäre zu erwarten gewesen, dass sie näher an die 100-Prozent-Marke kommt. Die Direktwahl des Vorsitzenden stellt folglich keine Möglichkeit dar, alle Mitglieder aktiv einzubinden.

4.2 Vertreter der Delegiertenkonferenz

Da in den meisten Parteien der Vorsitz auf einer Konferenz gewählt wird, stellt sich die Frage, wer an diesen Konferenzen teilnehmen und somit den Vorsitz wählen darf. In den meisten der hier untersuchten Parteien werden die Vertreter der Parteien als Delegierte entsendet (siehe Tabelle 3). In der SPÖ müssen die Delegierten allerdings nicht Parteimitglieder sein und in der slowenischen SD können neben den Parteiorganen auch die Arbeitsgruppen Delegierte entsenden. Die PvdA ermöglicht allen Mitgliedern auf der Konferenz sogar Antrags-, Rede- und Stimmrecht, schließt davon aber Statuten- und Personalfragen aus. Außerdem dürfen die nicht gewählten Parteimitglieder nur 25 Prozent der Delegierten stellen. Auf der Labour-Party-Konferenz sind sowohl Delegierte, die von den Parteiorganen gewählt wurden, als auch De-

legierte der angegliederten Organisationen anwesend und stimmberechtigt.

Die Parteien, in denen keine direkte Wahl des Vorsitzes vorgesehen ist, ermöglichen also auch nicht auf ihrer Konferenz eine einfache Teilhabe. Um über Personen abstimmen zu können, müssen sich die Mitglieder häufig über zwei Gliederungsebenen wählen lassen.

4.3 Antragsrecht

Auf den Parteitag wird die inhaltliche Neuausrichtung der Parteien bestimmt. Wenn also die aktive Teilnahme mit Stimmrecht relativ kompliziert ist, stellt sich die Frage, ob auf die inhaltliche Ausrichtung einfluss genommen werden kann. Die Möglichkeit, Anträge zum höchsten Parteigremium zu stellen, ist in den meisten hier untersuchten Parteien sehr offen gehalten. In der Socialdemokraterna und in der PvdA dürfen alle Mitglieder Anträge stellen, in der SPD, der PSOE, der Arbeiderpartiet und der Sociademokraterne sind die ersten Gliederungsebenen dazu berechtigt. Die Labour Party und die SPÖ geben erst der zweiten Gliederungsebene ein Antragsrecht (siehe Tabelle 3).

Die Parteien versuchen also bei den inhaltlichen im Gegensatz zu den personellen Entscheidungen, verstärkt die Meinungen und Anregungen ihrer Mitglieder aufzugreifen. In allen Parteien sind die Hürden für einen inhaltlichen Antrag relativ niedrig.

4.4 Referendum

Eine weitere Möglichkeit, Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Partei zu nehmen, stellt ein Referendum dar. Wie aus Tabelle 5 ersichtlich, besteht in der Hälfte der hier untersuchten Parteien die Möglichkeit, alle Mitglieder in einem Referendum über Inhalte entscheiden zu lassen. Ein Referendum ist die organisatorisch einfachste Methode für die inhaltliche Mitwirkung der Mitglieder. Denn in einem Referendum geht es darum, eine strittige Frage so klar und einfach zu formulieren, dass die Mitglieder sich entweder dafür oder dagegen entscheiden können. So kann ein Referendum wie eine Wahl durchgeführt werden.

Allerdings wirft dies auch Probleme auf, wie die Debatte um die Einführung von Volksentscheiden zeigt. Skeptiker argumentieren, dass Volksentscheide keinen Raum für Verhandlungen und Kompromisse lassen. Befürworter führen als Argument die sonst geringen Möglichkeiten an, in bevölkerungsreichen Staaten Einfluss auf die Politik zu nehmen (Merkel 2011: 11). Betrachtet man aber die relativ geringe Anzahl der Parteimitglieder, muss gesagt werden, dass ein Referendum nicht das einzige Mittel sein sollte, effektiv inhaltliche Entscheidungen zu treffen. Andere Möglichkeiten, Inhalte offen zu diskutieren, ohne dass sofort eine Ja/Nein-Entscheidung getroffen werden muss, wären für die sozialdemokratischen Parteien durchaus vorstellbar.

4.5 Aufstellung der Parlamentskandidaten

Die zweite wichtige Personalentscheidung in Parteien ist neben der Wahl des Vorsitzes die Aufstellung der Kandidaten zum nationalen Parlament. Tabelle 5 gibt hier einen Überblick. In der Socialdemokraterna und der SPD werden die Kandidaten zum Parlament von der zweiten Gliederungsebene in einer Delegiertenkonferenz gewählt. Die Mitglieder der jeweiligen Gliederung der SPD können sich aber für eine Wahl durch eine Vollversammlung aussprechen. In der SLD und der PvdA werden die

Kandidaten für das Nationalparlament vom Bundesparteitag gewählt. In der SPÖ und in der PSOE werden seit Ende der 1990er Jahre Mitglieder und Nichtmitglieder durch Vorwahlen an der Kandidatenaufstellung beteiligt (Barios 2009: 741). Allerdings ratifiziert in der PSOE am Ende der Parteirat die Listen für das Parlament und hat somit die letzte Entscheidungsmacht. In den anderen Parteien werden die Kandidaten durch Vollversammlungen der jeweiligen Gliederungsebene bestimmt. Die Prozedur der Kandidatenaufstellung ist natürlich vom Wahlsystem beeinflusst. In den Ländern, in denen ein Direktkandidat gefunden werden muss, bestimmt auch die zutreffende Wahlkreisgliederung über den Kandidaten, jedoch nicht in allen Ländern durch eine Vollversammlung. Die Mitbestimmung aller Mitglieder ist bei der Kandidatenaufstellung teils sehr begrenzt, wenn auch weniger eingeschränkt als bei der Wahl des Vorsitzes.

4.6 Vertretung von Organisationen im erweiterten Vorstand

Eine andere Möglichkeit, Parteimitglieder stärker und gleichberechtigter einzubinden, besteht darin, den Untergruppen eine Mitarbeit in dem wichtigsten Entscheidungsgremium zuzusichern. In sieben der hier untersuchten Parteien gibt es die Festlegung, dass Vertreter

Tabelle 5: Referendum und Aufstellung der Parlamentskandidaten

Parteien	4. Referendum	5. Aufstellung der Parlamentskandidaten
PS	Ja (Statuts: Art. 6.11)	Vollversammlung (Statuts: Art. 7.11)
Labour	Nein	Vollversammlung (Rule Book: Kapitel 5)
PvdA	Nein	Durch Delegierte 4. Ebene (Partijbestuur: Art. 16)
Socialdemokraterna	Ja (Constitution: § 11)	Durch Delegierte in 2. Ebene (Constitution: Rules for the nomination of candidates)
SLD	Nein	Bundesparteitag
Socialdemokraterne	Nein	Vollversammlung (Love: § 7)
Arbeiderpartiet	Ja (Vedtekter: § 9)	Vollversammlung (Retningslinjer: 9)
SPÖ	Ja (Organisationsstatut: § 7)	Mitglieder und Nichtmitglieder an Vorwahlen beteiligt (Organisationsstatut: § 7)
SPD	Ja (Organisationsstatut: § 13)	Durch Delegierte in 2. Ebene (Vollversammlung möglich) (Organisationsstatut: § 10)
PSOE	Nein	Parteirat, höchste Ebene (Normativa Reguladora de los Cargos publicos: Kapitel 3)
SD	Nein	Keine Angabe
SDPL	Ja (Statut: Art. 30)	Delegiertenkonferenzen 4. Ebene (Statut: Art. 22)



von Parteiunterorganisationen im erweiterten Parteivorstand vertreten sein müssen. Um welche Gruppen es sich im Einzelnen handelt, wird aus Tabelle 6 ersichtlich. Die einzige Untergruppe, die in allen der sieben Parteien beteiligt werden muss, sind die Vertreter der Jugendorganisationen. In vier der hier untersuchten Parteien sind Arbeitnehmergruppen in den Vorständen vertreten. In der Socialdemokraterna haben die Untergruppen aber nur Rederecht. Häufig gehören zu den erweiterten Vorständen noch Mitglieder der Fraktionen, Regierungsvertreter und regionale Vertreter. Vertreter von außerparteilichen Organisationen sind nur in den Vorständen der SPD zu-

gelassen und im erweiterten Vorstand der Labour Party. Bei beiden Parteien haben die angegliederten Organisationen ab einer gewissen Mitgliedergröße die Möglichkeit, Vorstände zu entsenden.

4.7 Angegliederte Organisationen

Neben einer verstärkten Einbindung der Mitglieder kann eine Partei auch versuchen, andere ihr nahestehende Organisationen institutionell einzubinden. So können indirekt Anhänger gewonnen und politische Ziele und Strategie

Tabelle 6: Erweiterter Vorstand, angegliederte Organisationen und Mitarbeiter ohne Mitgliedschaft

Partei	6. Vertretung von Organisationen im erweiterten Vorstand	7. Angegliederte Organisationen	8. Mitarbeit ohne Mitgliedschaft
PS	Keine Angabe	Nein	Ja, in 1. Ebene (Art. 12.1)
Labour	Young Labour, Fraktionsvorsitzende, Vertretung von Gewerkschaften möglich (Rule Book: Kapitel 1)	Ja	Ja, durch angegliederte Organisationen (Rule Book: Kapitel 1)
PvdA	Vorsitzenden der Fraktionen, aus einem Mitglied der jungen Partei und aus dem Vorsitzenden der Wiardi Beckman Stiftung mit beratender Stimme (Partijbestuur: Art. 20)	Nein	Nein
Socialdemokraterna	Frauen-, Jugend-, Christlichen-, und Studentenorganisationen, aber nur Rederecht (Constitution: § 7, Art. 2)	Ja (Constitution: Constitution for the local branches of the Social Democratic party: § 2)	Ja (Constitution: Constitution for the local branches of the Social Democratic party: § 2)
SLD	Nein	Nein	Nein
Socialdemokraterne	Ein Mitglied der Jugendorganisation der Partei (Danmarks Socialdemokratiske Ungdom), regionale Vertretungen und Mitglieder der Fraktionen (Love: § 13)	Nein	Nein
Arbeiderpartiet	Nein	Nein	Nein
SPÖ	Präsidium und Parteivorstand: Regierungsvertreter, Pensionistenverband, Jugendorganisationen, Frauenverband, Gewerkschaftsrat (Organisationsstatut: § 53)	Nein	In Projektgruppen, dadurch auch als Delegierte (Organisationsstatut: § 28)
SPD	Im Parteirat: Gewerkschaftsrats, Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD), Fraktionsmitglieder, regionale Vertreter, Regierungsvertreter, Seniorenrat, Jusos, alle Bundesarbeitsgruppen, Geschäftsführer (Organisationsstatut: § 28)	Nein	In Arbeitsgemeinschaften (Organisationsstatut: § 10)
PSOE	Nein	Ja (Estatutos Federales: Titel 2, Art. 13.2)	Ja, in 1. Ebene (Estatutos Federales: Titel 1, Kapitel 3)
SD	Arbeitnehmerorganisation, Frauenorganisation, Fraktionsmitglieder, regionale Vertreter und die Junge Partei (Statut: Art. 24)	Nein	Ja, in Arbeitsgruppen (Statut: Art. 16)
SDPL	Nein	Nein	Nein



gien abgesprochen werden. Wie in Tabelle 6 zu erkennen ist, sehen drei Parteien in ihren Statuten eine institutionelle Verbindung zu anderen Organisationen vor:

Die PSOE erwähnt, dass Kooperationen theoretisch möglich sind, führt dies dann aber nicht weiter aus.

Die Socialdemokraterna sieht eine Kooperation mit anderen Organisationen oder Gewerkschaften vor. Diese Kooperation trat an die Stelle der Kollektivmitgliedschaft von Gewerkschaften in der Socialdemokraterna, die 1990 abgeschafft wurde (Jahn 2009: 128). Die angegliederten Gewerkschaften haben das Recht, in der Gliederung mitzuarbeiten und besitzen auf dieser Ebene die gleichen Rechte wie die Individualmitglieder. Die angegliederten Organisationen haben das Recht, Kandidaten vorzuschlagen, und dürfen sich an der Wahl der Kandidaten für das Nationalparlament beteiligen.

Die Labour Party bietet den angegliederten Organisationen den größten Raum, um auf Parteientscheidungen Einfluss zu nehmen. Diese können in den Gliederungen der Labour Party mitarbeiten, an den Konferenzen aktiv teilnehmen und den Parteivorsitzenden wählen.

In den meisten Fällen handelt es sich bei den angegliederten Organisationen um Gewerkschaften, auch wenn die Statuten dies theoretisch offenlassen. Diese Regelungen

sind entstanden, als die Gewerkschaften ihre Kollektivmitgliedschaft in der Labour Party bzw. der Socialdemokraterna aufgegeben haben.

4.8 Mitarbeit ohne Mitgliedschaft

Der weitestgehende Schritt, um dem Mitgliederverlust entgegenzutreten, ist die Öffnung der Mitarbeit für Personen ohne Parteibuch. Tabelle 6 zeigt, dass es in der Hälfte der hier untersuchten Parteien möglich ist, ohne Parteimitgliedschaft in der Partei mitzuarbeiten. In der SPD und SD geschieht dies in inhaltlichen Arbeitsgemeinschaften, in der SPÖ in inhaltlichen Projektgruppen. In der PS und der PSOE kann auf der ersten Gliederungsebene mitgearbeitet werden. Die Mitarbeit in der Socialdemokraterna und der Labour Party ist wie oben erwähnt durch die Mitgliedschaft in angegliederten Organisationen möglich.

In der Diskussion um die Mitarbeit ohne Mitgliedschaft stellen sich aber Fragen nach der Legitimation. Mit welcher Berechtigung sollten Personen, die sich der Partei nicht angeschlossen haben, über deren Ausrichtung bestimmen können? Wie soll die Mitarbeit dieser Personen geregelt werden, ohne die Mitgliedschaft insgesamt zu entwerten? Daher gilt es, einerseits durch die Beteiligung von Nichtmitgliedern Personen für eine Mitarbeit in der

Tabelle 7: Überblick zur Mitbestimmung

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	Summe	Saldo Mitgliederzahlen in Prozent
PS	+	-	.	+	+	.	-	+	4	+25,71
Labour	+	+	-	-	+	+	+	+	6	-42,93
PvdA	-	+	+	-	-	+	-	-	3	-6,71
Socialdemokraterna	-	-	+	+	-	+	+	+	5	-34,21
SLD	-	-	.	-	-	-	-	-	0	-41,56
Socialdemokraterne	-	-	+	-	+	+	-	-	3	-8,43
Arbeiderpartiet	-	-	+	+	+	-	-	-	3	-4,98
SPÖ	-	-	-	+	-	+	-	+	3	-28,45
SPD	-	-	+	+	-	+	-	+	4	-31,66
PSOE	-	-	+	-	-	-	+	+	3	-51
SD	-	-	+	-	.	+	-	+	3	
SDPL	-	-	.	+	-	-	-	-	1	
Summe	2	2	7	6	4	7	3	7		

Partei zu gewinnen, andererseits jedoch die Grundlage für legitime Entscheidungen innerhalb der Partei nicht zu gefährden.

4.9 Zusammenfassung

Die Möglichkeiten der innerparteilichen Mitbestimmung werden von den Parteien unterschiedlich genutzt. Zunächst fällt auf, dass die SLD die einzige Partei ist, die keine der hier untersuchten Möglichkeiten anwendet. Die Labour Party eröffnet ihren Mitgliedern dagegen die meisten Mitbestimmungswege.

Ein direkter Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten der Mitbestimmung und dem Verlust von Parteimitgliedern kann allerdings nicht festgestellt werden. Die PS als die einzige Partei ohne Verluste bietet relativ viele Möglichkeiten für einfache Mitglieder, an Entscheidungen teilzuhaben. Die Labour Party tut dies jedoch auch, ermöglicht es darüber hinaus auch angegliederten Organisationen mitzuarbeiten, und hat trotz allem drastische Mitgliederverluste hinnehmen müssen. Die Arbeiterpartei hingegen ist eine der Parteien, die die Möglichkeiten einer offenen Mitbestimmung kaum nutzt, hat aber am wenigsten Mitglieder verloren.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Personalentscheidungen relativ eindeutig Delegiertenentscheidungen sind, lediglich in zwei Parteien können alle Mitglieder über den Vorsitz der Partei entscheiden und nur in fünf Parteien werden die Kandidaten zum Nationalparlament von einer Vollversammlung bestimmt. Hingegen ist es in allen Parteien relativ einfach, durch inhaltliche Anträge einen Diskussionsanstoß zu liefern. Allerdings wird dann die Möglichkeit der Mitglieder, über diesen Diskussionsanstoß zu entscheiden, stark eingeschränkt.

Denn entschieden wird im Hauptgremium der Partei und dies ist in allen Fällen eine Delegiertenversammlung, in die ein Mitglied nur gelangen kann, wenn es durch zwei oder drei Gliederungen gewählt wurde. Die meisten der hier untersuchten Parteien bieten ihren Untergruppen eine institutionalisierte Mitarbeit im Vorstand an und versuchen so, die Mitarbeit innerhalb der Partei in die Breite zu tragen, jedoch auch hier nur durch Delegierte der jeweiligen Gruppen. Institutionelle Bindungen zwischen Organisationen und Parteien sind selten vorhanden, die Mitarbeit ohne Parteibuch ist zwar häufig möglich, je-

doch eher symbolisch und auf der untersten Gliederungsebene angesiedelt.

So bleibt es bei der klassischen Form der Parteiarbeit für Mitglieder, die relativ wenig Entscheidungsgewalt haben, und die nur dann Einfluss ausüben können, wenn es entweder darum geht, den Kandidaten zur Wahl des Parlamentes zu bestimmen – aber für den sollen sie später auch Wahlkampf machen – oder um die Wahl von Delegierten zu Kongressen, auf denen dann über die inhaltliche Ausrichtung entschieden wird. Direkt können die Mitglieder selten über diese inhaltliche Ausrichtung entscheiden. Die Parteien betrachten ihre Mitglieder somit noch immer vor allem als Wahlkämpfer, die zu gewissen Zeiten aktiviert werden können. Eine dauerhafte Mitbestimmung und Möglichkeiten der aktiven Einflussnahme auf Entscheidungen werden nur Delegierten ermöglicht. Diese Form der geschlossenen Partizipation entspricht aber nicht mehr unbedingt den heutigen Vorstellungen der europäischen Bevölkerung.

5. Abschlussbemerkungen

Alle sozialdemokratischen Parteien zusammen haben in den letzten zehn Jahren 24 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Einzig die PS konnte um 35 Prozent zulegen, verliert aber in den letzten Jahren auch wieder Mitglieder. Der Rückgang der Mitgliederzahlen in den vergangenen drei Jahren kann für alle Parteien mit einer geringen Bereitschaft der gesamten Bevölkerung, sich in politischen Parteien zu engagieren, begründet werden. Diese geringere Bereitschaft wird unter anderem auf die fehlenden Möglichkeiten der innerparteilichen Mitbestimmung zurückgeführt. Somit sind alle Parteien mit demselben Problem konfrontiert. Es stellte sich daher die Frage, wie die Parteien den Mitgliederschwund auffangen und auf welche Weise sie wieder mehr Mitglieder gewinnen können.

Da die Aufgabe der Parteien darin besteht, neues politisches Führungspersonal zu rekrutieren und auf Probleme in den Gesellschaften mit politischen Vorschlägen, die dem Wählerwillen entsprechen, zu reagieren, stellt der Mitgliederverlust ein organisatorisches Problem dar. Denn es müssen aus weniger Mitgliedern eine ähnliche Anzahl an Führungspersonen gewonnen werden, und es müssen mit weniger Mitgliedern immer noch Inhalte festgelegt werden, die die gesamte Bevölkerung oder zumindest den Wählerwillen der Partei widerspiegeln. Daher



wurde in dieser Arbeit analysiert, welche Möglichkeiten der Mitbestimmung die Statuten der Parteien vorsehen. Bis auf die SLD bieten alle Parteien ihren Mitgliedern erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten an. Sie können bei der Wahl der Kandidaten für die Parlamente mitbestimmen, inhaltliche Anträge einbringen und in Parteiuntergruppen mitarbeiten. Nur wenige Parteien gehen weiter und ermöglichen einen Mitgliederentscheid über den Parteivorsitz oder eine Rede- und Antragsrecht für einfache Mitglieder auf Delegiertenkonferenzen. Doch lässt sich kein direkter Zusammenhang zwischen der Mitgliederentwicklung und den Partizipationsmöglichkeiten von Parteimitgliedern herstellen.

Dennoch fällt auf, dass die meisten Parteien ihren Mitgliedern weiterhin die Rolle der passiven Wahlkämpfer zuschreiben. Entscheidungen treffen zumeist nur Delegierte. Den Mitgliedern bleibt es überlassen, Vorschläge zu machen und die Kandidaten mitzubestimmen, für die sie später dann Wahlkampf machen sollen. Diese passive Form der Partizipation erscheint aber für die heutige Gesellschaft nicht mehr angemessen. Mitgliederentwicklung hin oder her, um sich den neuen Vorstellungen der Gesellschaft von Teilhabe und Engagement anzupassen, müssen die Parteien sich weiter öffnen und mehr Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung und Mitarbeit bieten.

Anhang: Überblick Parteimitgliederzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt- saldo	Quellen
PS, Frankreich	148795		148795								200299		2000: Mair/Blezen 2001 2010: www parti-socialiste.fr/agis- sons-ensemble/adherez-au-ps
Veränderung in Prozent											+26	+35 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	0,32		0,31								0,40		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern			2,44										
Labour Party, England		311 000				215.000					177.500		2001 und 2005: Sturm 2009; 2010: Merrik 2010
Veränderung in Prozent						-31					-17	-43 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung		0,70				0,46					0,36		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern		2,90				2,25					2,06		
PvdA, Niederlande	58426	57374	60062	60062	61935	61111	61913	62846	59327	56456	54504		www.rug.nl/dnpp/ politiekePartijen/pvda/documentair- informatie/pvda-it
Veränderung in Prozent		-2	+5	0	+3	-1	+1	+2	-6	-5	-3	-7 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	0,47	0,46	0,48	0,48	0,49	0,48	0,49	0,49	0,46	0,44	0,42		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern		4,18	2,28	2,28	2,97						2,95		
Socialdemokraterna, Schweden			152 000	152 000							100 000		www.socialdemokraterna.se/ Vart-parti
Veränderung in Prozent											-34	-34 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung			2,18	2,17							1,35		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern			7,19								5,47		
SDPL, Polen					6000								www.sdpl.pl/
Veränderung in Prozent													
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung					0,02								





	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt- saldo	Quellen
Anteil der Parteimitglieder an Wählern													
SLD, Polen	98.283	138.449	149.579	80.000	79.978	78.771	73.935	73.491	69.347	67.650	57.432		Direkte Information der Partei
Veränderung in Prozent		+41	+8	-47	0	-2	-6	-1	-6	-2	-15	-42 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	0,34	0,48	0,51	0,27	0,27	0,26	0,24	0,24	0,23	0,22	0,19		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern	2,59					5,90		3,46					
Socialdemokraterne, Dänemark	50.248	55.103	54.668	52.460	51.011	56.808	53.105	51.078	48.878	47.091	46.011		Direkte Information der Partei
Veränderung in Prozent		+10	-1	-4	-3	+11	-7	-4	-4	-4	-2	-8 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	1,20	1,32	1,30	1,25	1,21	1,35	1,26	1,21	1,15	1,10	1,07		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern	5,49					6,5		5,80					
Arbeiderpartiet, Norwegen	52.900	52.900				51.576	50.252			50.268	50.268		Groß/Rothholz 2009 2010: www.dha.no/Om-AP
Veränderung in Prozent						-3	-3				0	-5 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	1,54	1,54				1,47	1,42			1,36	1,34		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern	8,63					5,98				5,30	5,30		
SPÖ, Österreich	384.328		328.686			301.251					275.000		Redaktion des Standard 2006 2010: Direkte Information der Partei
Veränderung in Prozent			-14			-8					-9	-28 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	6,07		5,11			4,57					4,02		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern			18,34			18,10					19,23		
SPD, Deutschland	734.667	717.513	693.894	650.798	605.807	590.485	561.205	539.861	520.969	512.520	502.062		Direkte Information der Partei
Veränderung in Prozent		-2	-3	-6	-7	-3	-5	-4	-3	-2	-2	-32 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	1,10	1,08	1,04	0,97	0,90	0,89	0,83	0,79	0,77	0,75	0,74		



	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt- saldo	Quellen
Anteil der Parteimitglieder an Wählern			3,75			3,65				5,13			
PSOE, Spanien	410000										200.000		2000: Mair/Biezen 2001 2010: Sagar 2009
Veränderung in Prozent											-51	-51 %	
Anteil der Parteimitglieder an Bevölkerung	1,26										0,53		
Anteil der Parteimitglieder an Wählern	5,18												

- Barios, Harald** (2009): Das politische System Spaniens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Blais, André** (2000): *To Vote Or Not To Vote? The Merits and Limits of Rational Choice*. Pittsburgh.
- Biezen, Ingrid van/Mair, Peter/Poguntge, Thomas** (2011): Going, going, . . . gone? The decline of party membership in contemporary Europe, in: *European Journal of Political Research*, im Erscheinen.
- Cederholm, Robert/Eliasson, Anders** (2010): Partiernä tappar medlemmar, in: *Rapport* (15.03.2010).
- Garsztecki, Stefan** (2011): Polens linke und alternative Milieus: Ansätze für ein Revirement der polnischen Sozialdemokraten?, in: *Polen Analysen*, Nr. 88.
- Groß, Hermann/Rothholz, Walter** (2009): Das politische System Norwegens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Ismayr, Wolfgang** (2009): Das politische System Deutschlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Jahn, Detlef** (2009): Das politische System Schwedens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Kempf, Udo** (2009): Das politische System Frankreichs, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Lepszy, Norbert/Wilp, Markus** (2009): Das politische System der Niederlande, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Mair, Peter/Biezen, Ingrid van** (2001): Party Membership in Twenty European Democracies, in: *Party Politics* 7/1.
- Merkel, Wolfgang** (2011): Entmachten Volksentscheide das Volk? Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon, in: *WZB Mitteilungen*: 131.
- Merrick, Bob** (2010): Figures reveal decline in Labour Party members, in: *The Northern Echo* (13.10.2010).
- Plasser, Fritz/Urban, Peter A.** (2006): Das Parteiensystem Österreichs. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Redaktion des Standard** (2006): Hintergrund: SPÖ-Mitgliedszahlen in 20 Jahren halbiert, in: *Der Standard* (06.09.2006).
- Roed, Lars-Ludwig** (2009): Lengre mellom partimedlemene i dag, in: *Aftenposten* (07.01.2009).
- Sagar, D.J.** (Hrsg.) (2009): *Political Parties of the World*. London.
- Steffen, Christian** (2006): Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Sturm, Roland** (2009): Das politische System Großbritanniens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.
- Weßels, Bernhard** (2010): Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie?, in: *Internationale Politikanalyse*
- Wiesendahl, Elmar/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar** (2009): Zukunft der Mitgliederpartei auf dem Prüfstand, in: Wiesendahl, Elmar/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen.
- Ziemer, Klaus/Matthes, Claudia-Yvette** (2009): Das politische System Polens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden.

Dokumente der Parteien

- Arbeiderpartiet:** Vedtekter 2009.
- Labour Party:** The Labour Party Rule Book 2008.
- Labour Party:** Summary of voting by round; <http://www.labour.org.uk/votes-by-round> (Zugriff 15.07.2011)
- Parti Socialiste (PS):** Statuts du Parti socialiste 2005.
- Parti Socialiste (PS):** Chronologie 2008; <http://www.france-politique.fr/histoire-ps.htm> (Zugriff 15.07.2011)
- Partido Socialista Obrero Español (PSOE):** Estatutos Federales 2008.
- Partido Socialista Obrero Español (PSOE):** Normativa Reguladora de los Cargos public. 2007.
- Partij van de Arbeid (PvdA):** Partijbestuur 2009.
- Socialdemokracji Polskiej (SDPL):** Statut 2009.
- Socialdemokraterna:** The Constitution of the Swedish Social Democratic Party 2001.
- Socialdemokraterna:** Love. 2009.
- Socialno Demokrati (SD):** Statut Socialnih demokratov 2009.
- Sojuzu Lewicy Demokratycznej (SLD):** Statut: 2010
- Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD):** Organisationsstatut 2009.
- Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ):** Organisationsstatut 1998.



Über die Autorin

Sara Schlote studiert Sozialwissenschaften (Master) an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet als studentische Hilfskraft am Wissenschaftszentrum Berlin in der Abteilung »Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen«.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«, Redaktion: Jan Niklas Engels, Jan.Engels@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86872-908-5